

I.2 Auswirkungen von Energiearmut

»Heat or eat«, essen oder heizen – so lautet ein sarkastischer Spruch in Großbritannien über Menschen, die ihre Gasrechnung nicht mehr zahlen können. Es ist eine treffende Zuspitzung der Auswirkungen von Energiearmut. Betroffen von den Problemen sind allerdings nicht nur arme Menschen. Auch dem Staat und den Energieversorgern entstehen Kosten. Insgesamt wird klar, wie dringlich Maßnahmen gegen Energiearmut sind.

Wer ist betroffen?

Potenziell betroffen ist, wer die Armutgefährdungsgrenze überschreitet. Zu dieser Gruppe zählen vor allem die sogenannten schutzbedürftigen Menschen, alle mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende und deren Kinder, Arbeitslose (ALG I), Personen die abhängig von ALG II oder Sozialhilfe sind, Rentner, junge Erwachsene, Migranten, Menschen mit lang anhaltender Krankheit, Behinderungen oder physischen Gesundheitsproblemen; Menschen aus Ostdeutschland sind häufiger arm als die im Westen.⁴⁸

Wer monatlich Hilfe vom Staat bekommt, hat bei einer drohenden Strom- oder Gassperre zumindest noch die Möglichkeit, Forderungen aus Jahresabrechnungen über ein Darlehen des Jobcenters oder des Sozialamts zu begleichen. Strom oder Gas werden dann nicht oder nur kurz gesperrt; allerdings fallen Gebühren von bis zu einigen Hundert Euro an. Der danach zur Verfügung stehende Regelsatz wird dadurch de facto stark und dauerhaft gekürzt. Unterdessen steigen die Energiepreise weiter, weshalb Jobcenter oder Sozialamt die Jahresabrechnungen regelmäßig übernehmen müssen.⁴⁹

»Viele Betroffene schämen sich sehr.«⁵⁰

Anders stellt sich der Sachverhalt dar, wenn Wohngeld beziehungsweise Kinderzuschlag⁵¹ bezogen werden. Im Jahr 2010 bekamen in Deutschland mehr als 850 000 Menschen Wohngeld, 62 000 davon waren arbeitslos.⁵² Dieser Personenkreis bestreitet seinen Lebensunterhalt aus Arbeitseinkünften und ergänzenden Transferleistungen. Auch bei Beziehern von Wohngeld und Kinderzuschlag ist eine Übernahme von Energieschulden per Darlehen möglich, doch aus Scham oder Unkenntnis versuchen die Betroffenen oft, eine Ratenzahlung der Energie-

schulden auf dem Verhandlungswege zu erreichen, ein häufig aussichtsloses Unterfangen.⁵³

Weiterhin gibt es noch einige Millionen Menschen mit Arbeitseinkommen, die geringfügig oberhalb der Einkommensgrenzen für Wohngeld und Kinderzuschlag liegen. Knapp sechs Millionen Menschen in drei Millionen Haushalten liegen mit ihrem Einkommen knapp unter der Armutsrisikogrenze und beziehen keine Leistungen von den Sozialbehörden.⁵⁴ Auch diesem Personenkreis fällt der Gang zu den Sozialbehörden oft schwer. Sie leiden womöglich noch stärker unter hohen Ausgaben für Strom und Wärme als die Transferleistungsempfänger. Ihnen stehen keine staatlichen Zuschüsse etwa für die Erstausrüstung oder Neuanschaffung von Haushaltsgeräten oder für Lernmittel und Klassenausflüge zur Verfügung.

Im Fokus: Betroffenheit wird unterschätzt

Eine Studie mit dem Titel »Auswirkungen stark steigender Preise für Öl und Gas auf Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW« bemühte sich um die analytisch und wissenschaftlich fundierte Aufbereitung der Problematik. Die zentrale Schlussfolgerung der Studie beruht auf einem Missverständnis, das auch in der Öffentlichkeit sehr verbreitet ist. Demnach würden im Rahmen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II die Heizkosten vom Staat komplett übernommen. Stiegen die Ausgaben für die Heizung durch Preissteigerungen an, werde die Belastungen der Transferempfänger folglich nicht von den Haushalten selber getragen, sondern auf die öffentliche Hand überwälzt.⁵⁵

Tatsächlich kamen die zuständigen Behörden jedoch schon im April 2006 nur bei 45 Prozent der Betroffenen für die gesamten Heizkosten auf. Das lässt sich dadurch erklären, dass die gesetzlichen Vorgaben sehr offen ausgestaltet sind. Die Heizkosten werden übernommen, insoweit sie »angemessen« erscheinen. Diese Formulierung eröffnet den Kommunen einen Spielraum, der ganz unterschiedlich ausgeschöpft wird. ALG-II-Haushalten, denen nur ein Teil ihrer Heizkosten erstattet wird, bleibt nur, ihre Ansprüche einzuklagen. Dies geschieht derzeit. Hunderte Verfahren sind anhängig und werden in der Regel im Sinne der Bedürftigen beschieden.⁵⁶

Die Menschen

Es gibt Millionen Bundesbürger, die aufgrund steigender Energiepreise weniger Geld für Lebensmittel haben, die beim Mittagessen sparen müssen. Am schlimmsten ist es, wenn die Strom- und sogar die Gasversorgung unterbrochen werden. Dann haben sich meist schon beträchtliche Energieschulden angesammelt. Zudem schränken kalte oder schlecht beheizte Wohnungen in hohem Maß das Wohlbefinden ein und schaden der Gesundheit. Eine weitere – bislang eher wenig beachtete Auswirkung von hohen Energiepreisen – ist die Einschränkung der Mobilität.

Die Folgen von Versorgungssperren

In den Zeitungen und im Fernsehen gibt es regelmäßig Berichte über die harten Folgen von Strom- und Gassperren. Oft werden Familien präsentiert, die durch Schicksalsschläge in Armut geraten sind und aus der Energieschuldenfalle keinen Ausweg finden. Auf der anderen Seite steht der »böse« Versorger, der kaltblütig den Saft abdreht.

Obwohl sich die Realität meist viel differenzierter darstellt, lassen sich die dramatischen Umstände nicht leugnen, in denen Hunderttausende leben: **Die Gefahr von Unfällen und Bränden steigt**, weil oft Kerzen als Notbeleuchtung eingesetzt werden.⁵⁷ Bei flackerndem Kerzenschein und nur mit Taschenlampen ausgestattet, bewegen sich die Bewohner unsicher durch ihre Wohnung. Die Lebensmittel im Kühlschrank verderben, die Tiefkühlkost in der Gefriertruhe taut auf und vergammelt. Wer das aufgetaute Schnitzel durch baldigen Verzehr retten möchte, steht vor dem Problem, dass der Elektroherd nicht mehr funktioniert. Warme Speisen können fort-

an nur noch mit einem Campingkocher gekocht werden. Auch das erhöht die Brandgefahr.

Am schlimmsten trifft es Haushalte mit Gas-Etagenheizung. Denn keine Heizung arbeitet ohne Strom.

Die Bekleidung muss fortan im Waschsalon teuer gereinigt werden oder Freunde helfen aus. Die Annehmlichkeiten der Medienwelt reduzieren sich

auf ein batteriebetriebenes Radio. Die meisten Telefone versagen ihren Dienst, und das Handy lässt sich nur noch bei Freunden aufladen. Wird das Wasser elektrisch erwärmt, gibt es auch keine warme Dusche mehr. Am schlimmsten trifft es allerdings Haushalte mit Gas-Etagenheizung. Denn keine Hei-

zung arbeitet ohne Strom. Im Winter ist damit die Katastrophe komplett. Nicht wenige richten sich gar dauerhaft mit dem Martyrium ein, das von Mac Elsberg in seinem Roman »Blackout« als Horrorszenario beschrieben wird. Da Stromausfälle in Deutschland selten sind, machen tatsächlich nur Armuts-

haushalte solche Erfahrungen. Einer Sperre gehen Mahnungen voraus; anschließend muss wieder freigeschaltet werden. Dafür berechnen die Versorger zum Teil erhebliche Gebühren. Durchschnittlich werden pro Versorgungsunterbrechung 32 Euro in Rechnung gestellt, aber auch 220 Euro sind möglich. In diesen extremen Fällen übersteigen die anfallenden Gebühren leicht die eigentlichen Schulden.⁵⁸ Insofern verschärfen Sperrungen die Verschuldungssituation der Betroffenen.

Leiden Kinder, Behinderte oder pflegebedürftige Menschen unter einer Sperrung, potenziert sich das Leid. Inwiefern die Situation selbstverschuldet ist, spielt dabei zunächst keine Rolle. Eher ist die Frage berechtigt, ob der radikale Schnitt seitens des Versorgers überhaupt mit den Menschenrechten vereinbar ist. In der UN-Erklärung heißt es: »Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche

Für die Entsperrung werden erhebliche Gebühren verlangt.

Brandunfälle werden durch Sperren wahrscheinlicher, auch weil oft Kerzen als Notbeleuchtung eingesetzt werden und mit Campingkochern gekocht wird.



Betreuung und die notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet« (Art. 25.1). Strom- und Gassperren sind damit kaum vereinbar.

Wie dramatisch die Lebenssituation armer Menschen gegenwärtig ist, zeigen die Tipps zum Aufwärmen von Anne Allex. Sie wirken geradezu zynisch und belegen doch nur, wie schlimm die Auswirkungen von Energiearmut schon heute sind. So gebe es neben den Einrichtungen für Wohnungslose wie Bahnhofsmision, Wärmestuben, Tee- und Suppenküchen noch andere warme Orte. Man könne sich zum Beispiel in den Vorräumen von Banken und Sparkassen aufwärmen, manchmal gebe es sogar Sitzbänke. Beim Einkaufen solle man sich Zeit lassen. Riesige Supermärkte, Einkaufszentren und Bahnhöfe mit Geschäften seien schließlich geheizt. Gut geeignet seien auch Bibliotheken oder Bücherläden. Die Bibliothekskarte könne man sich von Bekannten leihen. Ebenso geeignet wären die Vorräume von Schulen, Hochschulen oder Theatern. Zudem sollten zielgerichtet Bekannte, Angehörige und Freunde besucht werden zum Reden, Essen und eventuell zum Duschen.⁵⁹

AUS DER PRAXIS

Tote durch Stromsperre

Besonders drastisch hat ein Wohnungsbrand in Saarbrücken im Jahr 2010 die möglichen Folgen einer Stromsperre und damit die Verantwortung von Energieversorgern veranschaulicht. Vier Kinder kamen dabei ums Leben, weil sich die Familie mit Kerzen beholfen hatte, die den Brand auslösten. Der Versorger Saarlortlux musste sich vor Medienvertretern und Politik für die durchgeführte Stromsperre rechtfertigen und bekundete dabei, dass es mehrere Versuche gegeben habe, die Familie wegen ausstehender Rechnungen zu kontaktieren, bevor der Strom abgestellt wurde.⁶⁰

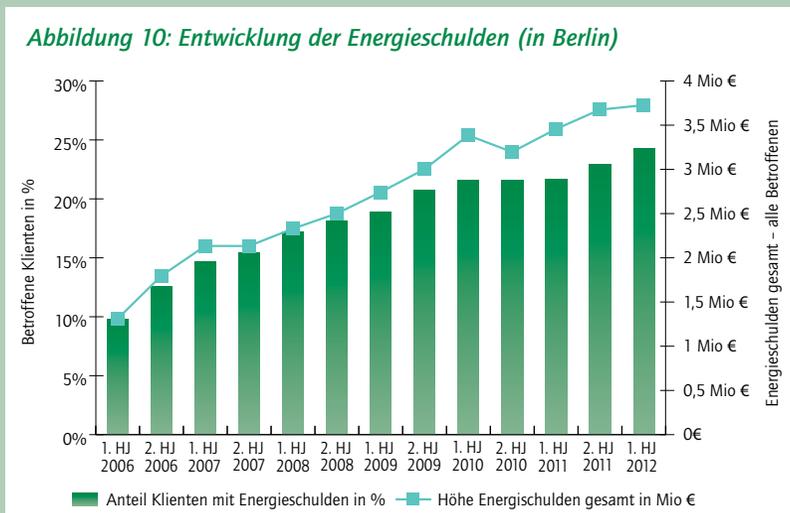
Insgesamt hat es durch Stromsperren im Jahr 2012 acht Todesopfer gegeben. In Otterstedt (Kyffhäuserkreis) hat der Vater von drei Kindern im Keller seines Hauses aufgrund der Stromsperre ein Notstromaggregat betrieben. Alle vier starben an einer Kohlenmono-oxidvergiftung. Die ums Leben gekommenen Jugendlichen im Alter von 13, 14 und 15 Jahren lebten demnach im Heim und waren in den Herbstferien nur zu Besuch bei ihrem Vater.⁶¹

Entwicklung der Energieschulden

Von besonderem Interesse für den Zusammenhang von Armut und Energiepreisen ist die Entwicklung der Energieschulden. Zusammen mit ausstehenden Mietzahlungen werden sie auch als Primärschulden bezeichnet. Denn bei Mietschulden droht die Zwangsräumung und damit im schlimmsten Fall sogar die Obdachlosigkeit. Rückstände beim Energieversorger führen nicht selten zur Liefersperrung und damit ebenfalls zu sehr gravierenden Einschränkungen (Weiteres dazu auch im Kapitel »Das Ausmaß der Versorgungssperren«, Seite 173).⁶²

Zu den Energieschulden gibt es keine bundesweite Erhebung, jedoch finden sich Hinweise. So spricht die Schuldnerberatung Berlin von einem ständig wachsenden Anteil der von Energieschulden Betroffenen und weist auf die rasante Zunahme der Gesamt- sowie der Pro-Kopf-Verschuldung hin. Im ersten Halbjahr 2012 waren über 24 Prozent der Beratenen in Berlin von Energieschulden betroffen. Die Gesamthöhe der Energieschulden ist in Berlin bis Ende Juni 2012 auf über 3,7 Millionen Euro angestiegen.⁶³

Die Verschuldung nimmt rasant zu.



Die Entwicklung der Energieschulden in Berlin verdeutlicht, dass die Energiekosten sich zu einer nennenswerten Belastung entwickelt haben. Inzwischen berichtet jeder Vierte, der in Berlin die Schuldnerberatung aufsucht, über Energieschulden.

Quelle: Schuldnerberatung Berlin

Diese Tendenz zu steigenden Energieschulden wird durch Erfahrungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen gestützt. Auch in der Beratungsstelle Hamm hatte rund ein Viertel der Klienten Schulden beim Energieversorgungsunternehmen. Im Jahr 2010 hatten die beratenen Schuldner durchschnittlich 528 Euro Energieschulden. Über 40 Prozent der beratenen ALG II-Bezieher wiesen Energieschulden auf, die durchschnittlich 509 Euro betragen. **Problematisch sind häufig nicht die laufenden Abschlagszahlungen, sondern die Nachzahlungen, die nicht bedient werden können.**⁶⁴

Gefahren für die Gesundheit

Arme Menschen leben im Durchschnitt kürzer als andere. Ein Grund dafür liegt in der Wohnsituation. Es ist kein Zufall, dass die ersten Definitionsversuche für Energiearmut im Aktivitätsfeld der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu finden sind (siehe Kapitel »Kann man Energiearmut definieren«, Seite 62). Schlechte Wohnqualität und Energiearmut bedingen sich in der

Schlechte Wohnqualität und Energiearmut bedingen sich in der Regel gegenseitig.

Regel gegenseitig und bilden zusammen zwei negative Faktoren für die Gesundheit. Arme leben häufiger als wohlhabende Menschen in Wohnungen oder Häusern mit gravierenden Qualitätsmängeln wie Schimmel und Feuchtigkeit.⁶⁵ Rund 25 Prozent der

Armutsgefährdeten berichten, in ihren Wohnungen gebe es Feuchtigkeitsschäden, bei den anderen Haushalten sind es zwölf Prozent.⁶⁶

Schlecht beheizte Wohnungen fördern die Schimmelbildung. Schimmelsporen gelangen in die Atemwege und können hier schwerwiegende Erkrankungen verursachen. Eine hohe Konzentration von Sporen in der Luft schadet Schleimhäuten sowie Nerven- und Immunsystem. Weitere Folgen können Müdigkeit, Migräne, Hautekzeme, Augentränen, Niesen, Schnupfen und Husten bis hin zu Asthma sein.

Die gesundheitlichen Folgen belasten allerdings nicht nur die Bewohner selbst, sondern verursachen auch Kosten für die Allgemeinheit, etwa durch Arbeitsausfälle und Ausgaben durch das Gesundheitssystem. Davidson und andere haben für Großbritannien eine überschlägige Prognose angestellt, um die Kosten für das Gesundheitssystem denen gegenüberzustellen, die die Behebung der schlechten Wohnverhältnisse verursachen würden. Sie kommen zu der Abschätzung, dass sich im nationalen Gesund-



Gefahr für die Gesundheit: Schimmel in der Wohnung. Ein Viertel der Armutsgefährdeten gibt an, in ihrer Wohnung gebe es Feuchtigkeitsschäden.

heitssystem jährlich knapp über zehn Millionen Euro einsparen ließen, würden nur die schwersten gesundheitlichen Folgen vermieden.⁶⁷ Es sprechen also auch wirtschaftliche Gründe dafür, dass auch einkommensarme Haushalte in energieeffizienten Gebäuden wohnen.

Wenn das Geld knapp ist und selbst bei Lebensmitteln und Kleidung gespart werden muss, ist es für Armuts Haushalte naheliegend, das auch beim Heizen zu tun. Spätestens bei der nächsten Nebenkostenabrechnung sind Haushalte mit niedrigem Einkommen alarmiert. In der Konsequenz wird die Heizung heruntergeregelt, nicht selten weit unter 18 Grad. Liegt die Raumtemperatur beständig unter 18 Grad, kommt es eher zu chronischen Erkrankungen der Atemwege. Kälteverspannungen und geschwächten Abwehrkräften. Herz-Kreislauf-Belastungen sind weitere häufige Reaktionen des Körpers auf zu niedrige Raumtemperaturen. Alte, Kranke und Kinder sind

Es ist an der Zeit, dass auch Geringverdiener von den Vorzügen der energetischen Gebäudesanierung profitieren. In den nächsten Jahren wird sich die gesellschaftliche Ungleichheit zunehmend im Wohnungsbestand manifestieren, wenn nicht gezielte Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

besonders gefährdet. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn einige europäische Staaten höhere Sterblichkeitsraten im Winter aufweisen.⁶⁸

Auch das Lüftungsverhalten wirkt sich auf die Gesundheit aus. Ein »Kipplüften« zum Beispiel beschleunigt das Schimmelwachstum. Wenn beim Heizen gespart wird, erscheint es mitunter naheliegend, regelmäßiges Stoßlüften zu vermeiden, um dadurch die kostbare Wärme im Raum zu halten. Doch auch das verschlechtert das Raumklima.

Die Förderung sozialverträglicher Sanierungskonzepte nutzt gleichermaßen dem Klimaschutz, der sozialen Gerechtigkeit, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Gesundheit der armen Bürger.⁶⁹

Eingeschränkte Mobilität

Würde die Pendlerpauschale abgeschafft, ginge ein Aufschrei durch die Republik. Die automobilen Fortbewegung wird als Grundrecht wahrgenommen. Zugleich lassen steigende Benzinpreise die steuerliche Vergünstigung noch wichtiger werden. Bürger mit geringem Einkommen profitieren von der Pauschale zwar nur geringfügig, weil sie kaum Steuern zahlen. Trotzdem wurden von Spitzenpolitikern jüngst höhere Pauschalen vorgeschlagen. Schließlich entwickle sich der Spritpreis für Pendler und besonders Menschen im ländlichen Raum zu einer immer größeren Belastung. Tatsächlich zeigt sich der Konflikt zwischen steigenden Ressourcenpreisen und niedrigen Einkommen nicht nur bei Strom und Wärme, sondern eben auch im Verkehrsbereich.

Es lässt sich argumentieren, Benzin und Diesel seien nicht so lebenswichtig wie Strom und Gas. Und selbstverständlich soll hier auch nicht höheren Subventionen für den Autoverkehr das Wort geredet werden, ganz im Gegenteil. Doch darf das Thema Mobilität in einem Buch über Energiearmut nicht ignoriert werden. **Wie wichtig die Mobilität für die Bundesbürger ist, zeigt sich schon daran, dass die Haushalte im Schnitt weit mehr Geld für Mobilität ausgeben als für Strom und Wärme.**⁷⁰ Zudem sind Benzin und Diesel grundsätzlich betrachtet durchaus lebenswichtig. Wie käme sonst das Essen auf den Tisch. Hinter jeder Kalorie Essen, die auf den Teller kommt, stehen zehn Kalorien Öl oder fossile Energieträger für dessen Produktion, Transport, Lagerung, Zubereitung oder Entsorgung, meint Dennis Meadows.⁷¹

Die Alternative zum Auto, die Nutzung von Bussen und Bahnen, kann ebenfalls die Mittel der armen Haushalte übersteigen. Die hohen Energie-

preise haben auch die Ticketpreise kräftig steigen lassen. Zudem fehlen auf dem Lande öffentliche Anbindungen oft ganz.

In Deutschland ist die »Mobilitätsarmut« bisher kaum ein Thema.⁷² Nur wenige Wissenschaftler sowie einige Wohlfahrtsorganisationen melden sich dazu zu Wort und plädieren beispiels-

weise für günstige ÖPNV-Tarife. Das wird sich womöglich schon mittelfristig ändern. Denn die weltweite Ölförderung wird zurückgehen und die Preise für Benzin und Diesel werden

möglicherweise sprunghaft ansteigen. Weitsichtig ist es, schon jetzt über die Zukunft der Mobilität nachzudenken, um wachsende Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung zu verhindern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

In Großbritannien wird der Begriff »fuel poverty« verwendet, um die Bedeutung der Energiekosten für Armutshaushalte zu thematisieren. Im Deutschen wird das meist mit Energiearmut übersetzt. Zutreffender wäre aber »Brennstoffarmut«. Das weitet den Blick auch auf die steigenden Kosten von Benzin und Diesel und die des öffentlichen Nahverkehrs. **Und so wird es nicht verwundern, dass in Großbritannien auch der Begriff »transport poverty« verbreitet ist.** Das Phänomen wird dort mit statistischen Analysen dokumentiert.⁷³

Die Zersiedelung der Landschaft, die Schaffung von Gewerbegebieten und Einkaufszentren auf der grünen Wiese und die Konzentration von Versorgungseinrichtungen zulasten lokaler und dezentraler Angebote haben schon vor Jahrzehnten die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen ohne Auto drastisch erschwert.⁷⁴ Verschärft wird die Situation aktuell durch stark steigende Mieten in vielen Innenstädten und die Verdrängung eben der einkommensschwächeren Haushalte aus den Innenstädten in die oft nur unzureichend mit öffentlichem Nahverkehr sowie Versorgungs-, Freizeit- oder Bildungsangeboten ausgestatteten Außenbereiche der Städte.

Wenn über die Auswirkungen von Energiearmut gesprochen wird, dann bleibt das Thema Mobilitätsarmut meistens unerwähnt. Und das, obwohl Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, in ihrem Alltag ganz erheblich benachteiligt sind. Unsere Gesellschaft ist geprägt durch eine immer größere Notwendigkeit, mobil zu sein – um eine Arbeitsstelle anzunehmen, um Bildungsangebote oder Angebote zur gesundheitlichen Vor-

Mobilität ist zukunftsfähig, wenn sie zur gesellschaftlichen Teilhabe beiträgt.

sorge in Anspruch zu nehmen und um soziale Kontakte zu pflegen. Vor diesem Hintergrund erschwert eine eingeschränkte Mobilität den Zugang zu eben diesen Angeboten und Aktivitäten und somit die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Vielmehr noch, verminderte Chancen, am gesellschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, können ganz erhebliche negative Folgen bis hin zur sozialen Ausgrenzung für die Betroffenen mit sich bringen.

Einer der Gründe dafür, dass eine öffentliche Diskussion über Mobilitätsarmut in Deutschland kaum stattfindet, ist, dass die Auswirkungen nicht so offensichtlich sind wie bei den Betroffenen der Energiearmut im klassischen Sinne. Geht es um die Versorgung von Haushalten mit Gas oder Strom, dann liegen die Folgen auf der Hand: Die Heizung streikt, elektrische Geräte versagen ihren Dienst. Bei Mobilitätsarmut sind die Wirkungszusammenhänge wesentlich komplexer. Hier zeigen sich die negativen Auswirkungen über nicht stattgefundene Mobilität⁷⁵, über den Verzicht auf Arztbesuche, Fahrten ins Grüne oder Treffen mit Freunden. Der hieraus oftmals resultierende Ärger wird von den Betroffenen viel subjektiver wahrgenommen. Er ist daher wesentlich schwieriger zu erheben und zu messen.

Finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte

Steigende Energiepreise erhöhen auch die Ausgaben der öffentlichen Haushalte an verschiedenen Stellen. Bei den Sozialleistungen ist es erforderlich, dass die steigenden Stromkosten etwa durch erhöhte ALG-II-Sätze aufgefangen werden. Die Heizkosten für Empfänger von ALG II, Sozialgeld

**Die Kommunen könnten leicht
100 Millionen Euro sparen.**

und -hilfe werden separat übernommen⁷⁶ und zwar überwiegend von den Kommunen. Der Bund übernimmt 23,6 Prozent. Um welchen genauen Betrag es sich handelt, wird statistisch nicht präzise erfasst. Das Institut für

Energie- und Umweltforschung geht davon aus, dass mindestens zwölf Prozent der gesamten Leistungen für Unterkunft und Heizung – 2008 waren es über 13 Milliarden Euro – auf die Heizkosten entfallen. Das entspräche 1,6 Milliarden Euro.⁷⁷



Mal eben ins Grüne fahren. Für arme Menschen bleibt dieser Wunsch oft unerfüllt. Sie verzichten auch mitunter auf das Treffen mit Freunden.

Würden durch ein abgestimmtes Vorgehen nur fünf Prozent der Heizkosten im Bereich von ALG-II- und Sozialgeld eingespart, könnten die kommunalen Haushalte um 95 Millionen Euro entlastet werden.⁷⁸ Würden zum Beispiel in den 24 000 Bedarfshaushalten der Stadt Wuppertal jeweils zehn Euro im Monat weniger Energiekosten fällig, könnten allein hier knapp drei Millionen Euro jährlich eingespart werden. Umgekehrt müsste etwa die Stadt Nürnberg in den nächsten fünf Jahren – ohne die Nutzung vorhandener Einsparpotenziale und bei einem weiteren Anstieg der Heizkosten um acht Prozent jährlich – mit rund 14 Millionen Euro Mehrkosten rechnen.⁷⁹

Dem Bund entstanden durch den Heizkostenzuschuss kurzzeitig rund 100 Millionen Euro zusätzliche Aufwendungen. Doch Ende 2010 wurde wegen der damals fallenden Energiepreise im Rahmen des Sparpakets die Streichung der Zuwendung beschlossen. Kurze Zeit später war die Begründung für die Sparmaßnahme schon wieder hinfällig, weil die Energiekosten erneut extrem anzogen.

Die Perspektive der Versorger

Wer möchte in Anbetracht tragischer »Sperrgeschichten« schon die Energieversorger in Schutz nehmen? Doch wer einen Sperrkassierer begleitet oder mit den Menschen aus dem Forderungsmanagement der Unternehmen spricht, stellt schnell fest, dass die Schwarzweiß-Zeichnungen aus der Presse wohl nur in Einzelfällen zutreffend sind. Die Verantwortlichen befinden sich in einem Spannungsfeld verschiedener Interessen. Die Mitarbeiter vor Ort sind oft mit drastischen Vorwürfen und teilweise auch Gewaltandrohungen konfrontiert. Der Gesellschafter wiederum möchte selbstverständlich, dass das Unternehmen profitabel geführt wird und sich im Wettbewerb behauptet.

Grundversorger⁸⁰ sind von Zahlungsausfällen stärker betroffen, weil sie sich der Kunden mit schlechter Zahlungsmoral nicht so leicht entledigen können wie die überregionalen Anbieter von Sonderverträgen. Diese können bei Säumigkeit den Vertrag kündigen und damit den weiteren Anstieg der Forderungen vermeiden. Die Grundversorger operieren in einem sensiblen Bereich. Bei ihnen werden besonders viele Zahlungsaufforderungen ignoriert. So verschicken Deutschlands Stadtwerke bezogen auf hundert installierte Zähler knapp 40 Mahnungen. Dementsprechend ist der Personaleinsatz beträchtlich. Im Forderungsmanagement der Stadtwerke sind bis zu vier Prozent der Mitarbeiter beschäftigt.⁸¹ Der auf den Umsatz bezogene Forderungsausfall kann bis zu drei Prozent betragen, wenn die armen Haushalte einen hohen Anteil der Kunden ausmachen. Unternehmensberater empfehlen daher oft, die Zahlungsrückstände effektiver zu bearbeiten.

Im Durchschnitt beträgt der Forderungsausfall ein Prozent. Einige Millionen Euro sind da schnell beisammen. Die Außenstände der Stadtwerke

Wuppertal beliefen sich zum Beispiel 2012 auf sechs Millionen Euro. Vier Jahre zuvor waren es erst vier Millionen Euro gewesen.⁸² Bei den Stadtwerken Halle sind die Außenstände privater Haushalte innerhalb eines Jahres von 3,1 auf 5,1 Millionen Euro ange-

Kein Unternehmen kann es sich leisten, unbezahlte Rechnungen einfach abzuschreiben.

wachsen. Aufs Jahr gerechnet sind dort etwa drei Prozent aller Stromkunden von Sperrungen betroffen.⁸³

Kein Unternehmen kann es sich leisten, unbezahlte Rechnungen einfach abzuschreiben. Heikel ist dabei jedoch, dass Energie in einer modernen Gesellschaft lebensnotwendig ist. Jedoch gibt es Lösungen, wie verschiedene Stadtwerke zeigen. Einige Versorger ermöglichen den Aufschub von Zahlungsfristen, moderate Ratenzahlungen oder verzögerte Rückzahlung, bis der Kunde wieder ein eigenes Einkommen hat. Häufig kooperieren die Unternehmen mit den Sozialbehörden und weisen ihre Kunden auf deren Beratungsangebote hin. Die Behörden selbst übernehmen häufig mit einem Darlehen die Forderungen, welches anschließend langfristig mit den Sozialleistungen verrechnet wird.

Zwar gibt es durchaus »Mietnomaden« und »Energienomaden«, die Vermietern und Energieunternehmen gezielt schaden wollen und bei denen Mitgefühl unangebracht ist. Diese Fälle werden aber oft mit denen der wirklich Bedürftigen verwechselt. Das führt zu Pauschalurteilen gegenüber unregelmäßig zahlenden Verbrauchern. Eine Möglichkeit, die berechtigten Interessen von Kunden und Anbietern zu wahren, wird diskutiert im Kapitel »Prepaid statt Sperre« (Seite 173). Es geht um das Konzept der Vorkasse-Zähler für Strom und Gas.